

Die multilateralen Übereinkommen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung

(Stand vom 31. Juli 1984)

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über den aktuellen Stand der Bemühungen, durch mehrseitige völkerrechtliche Verträge dem Wettrüsten entgegenzuwirken, bestimmte Waffenarten und Kampfmethoden zu ächten und einzelne Regionen ganz oder teilweise der militärischen Nutzung zu entziehen. Nicht aufgeführt sind die vorwiegend das humanitäre Kriegsvölkerrecht betreffenden vier Genfer Abkommen zum Schutze der Kriegsgesunden von 1949 (156 Vertragsstaaten) und deren Zusatzprotokolle von 1977 (40 bzw. 34 Vertragsstaaten), die teilweise auch entsprechende Regelungen enthalten. Der Tabelle kann entnommen werden, welche Staaten die Abkommen unterzeichnet haben und bezüglich welcher — kraft Ratifikation oder Beitritt — die völkerrechtliche Verbindlichkeit bereits eingetreten ist. Vorbehalte und Widersprüche sind nicht genannt. Die Nummern 1 bis 11 im Kopf der Tabelle beziehen sich auf die nachstehend aufgelisteten Übereinkommen. Der Übersicht liegt das UN-Dokument A/39/454 vom 6. September 1984 zugrunde. 169 Staaten sind berücksichtigt.

- 1 **Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege** (Genfer Protokoll) (*Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or Other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare*). Deutsche Übersetzung in RGBl. 1929 II, 174. In Kraft für das Deutsche Reich seit dem 25.4.1929. Ältestes multilaterales Abkommen zur Rüstungssteuerung. Verbietet den Einsatz chemischer und bakteriologischer Kampfstoffe. Einzelne Staaten haben sich Zweiteinsatz vorbehalten.
- 2 **Antarktis-Vertrag vom 1. Dezember 1959** (*The Antarctic Treaty*). Deutsche Übersetzung in VN 6/1969 S.184f., BGBl. 1978 II, 1517. Völkerrechtlich in Kraft seit dem 23.6.1961; für die Bundesrepublik Deutschland seit dem 5.2.1979. Erklärt die Antarktis zu einem Gebiet ausschließlich friedlicher Nutzung und verbietet militärische Maßnahmen aller Art (Errichtung von Stützpunkten, Manöver, Waffenprüfung) dortselbst.
- 3 **Vertrag vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser** (Atomteststopp-Vertrag) (*Treaty Banning Nuclear Weapon Tests in the Atmosphere, in Outer Space and Under Water*). Deutsche Übersetzung in VN 5/1963 S.179f., und in BGBl. 1964 II, 906. Völkerrechtlich in Kraft seit dem 10.10.1963; für die Bundesrepublik Deutschland seit dem 1.12.1964. Verbietet Atomwaffentests und andere Kernexplosionen, die (a) in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Hoheitsgewässer und Hohe See) durchgeführt werden sowie (b) Explosionen, in deren Folge radioaktiver Niederschlag außerhalb der Grenzen des Landes, das die Explosion durchführt, gelangt.
- 4 **Vertrag vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper** (Weltraum-Vertrag) (*Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, including the Moon and Other Celestial Bodies*). Von der Generalversammlung angenommen am 19.12.1966 (A/Res/2222(XXI)), deutsche Übersetzung in VN 1/1967 S.29f., und in BGBl. 1969 II, 1967. Völkerrechtlich in Kraft seit dem 10.10.1967; für die Bundesrepublik Deutschland seit dem 10.2.1971. Untersagt es, Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen in Erdumlaufbahn zu verbringen oder im All und auf Himmelskörpern zu stationieren. Verboten sind ebenfalls militärische Basen und Übungen.
- 5 **Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika vom 14. Februar 1967** (Vertrag von Tlatelolco) (*Treaty for the Prohibition of Nuclear Weapons in Latin America*). Deutsche Übersetzung in Europa-Archiv 1967, S.D152; internationale Quelle UNTS 634 (1968), S.282ff. (englischer Text: S.326ff.). Völkerrechtlich in Kraft seit dem 25.4.1969. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Erprobung, Erzeugung, Verwendung, Herstellung und Erwerb von Kernwaffen zu unterlassen und den Empfang und die Aufstellung solcher Waffen zu verbieten bzw. zu verhindern. In dem dem Vertrag angehängten Zusatzprotokoll I verpflichten sich die Staaten (amerikanische und nichtamerikanische), die de jure oder de facto für Gebiete innerhalb Lateinamerikas zuständig sind (angesprochen sind derzeit Frankreich, die Niederlande, Großbritannien und die USA), auch für diese Gebiete die in dem Vertrag vorgesehene militärische Entnuklearisierung vorzunehmen. In Zusatzprotokoll II verpflichten sich kernwaffenbesitzende Staaten, die Vertragsvorschriften zu respektieren und gegen die Vertragsstaaten keine Atomwaffen anzuwenden.
- 6 **Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen** (Nichtverbreitungs-Vertrag) (*Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons*). Von der Generalversammlung angenommen am 12.6.1968 (A/Res/2373(XXII)). Deutsche Übersetzung in VN 4/1968 S.129f., und in BGBl. 1974 II, 785. Völkerrechtlich in Kraft seit dem 5.3.1970; für die Bundesrepublik Deutschland seit dem 2.5.1975. Verbietet Kernwaffenstaaten die Weitergabe solcher Waffen und die Einräumung der Verfügungsgewalt über diese an Nichtkernwaffenstaaten. Letztere verpflichten sich, Kernwaffen oder die Verfügungsgewalt über diese von niemandem anzunehmen und unterwerfen sich einem bestimmten Kontrollverfahren durch die Internationale Atomenergie-Organisation.
- 7 **Vertrag vom 11. Februar 1971 über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund** (Meeresboden-Vertrag) (*Treaty on the Prohibition of the Emplacement of Nuclear Weapons and Other Weapons of Mass Destruction on the Sea-Bed and the Ocean Floor and in the Subsoil Thereof*). Von der Generalversammlung angenommen am 7.12.1970 (A/Res/2660(XXV)). Deutsche Übersetzung in BGBl. 1972 II, 325. Völkerrechtlich in Kraft seit dem 18.5.1972; für die Bundesrepublik Deutschland seit dem 18.11.1975. Untersagt außerhalb der 12-Seemeilen-Zone die Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln auf dem Meeresboden und dessen Untergrund sowie die Errichtung von Anlagen zum Starten, Lagern und Testen solcher Waffen.
- 8 **Übereinkommen vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen** (B-Waffen-Konvention) (*Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and Their Destruction*). Von der Generalversammlung angenommen am 16.12.1971 (A/Res/2862(XXVI)). Deutsche Übersetzung in VN 3/1972 S.105f., und BGBl. 1983 II, 132. Völkerrechtlich in Kraft seit dem 26.3.1975; für die Bundesrepublik Deutschland seit dem 7.4.1983. Verbietet die im Titel genannten Handlungsweisen bezüglich aller mikrobiologischen und anderen biologischen Stoffe und Toxine, sofern eine Rechtfertigung durch Vorbeugungs-, Schutz- oder sonstige friedliche Zwecke ausscheidet. Da die Vernichtung der genannten Stoffe innerhalb von neun Monaten nach Inkrafttreten der Übereinkunft zu erfolgen hat, handelt es sich um das einzige echte Abrüstungsabkommen.
- 9 **Übereinkommen vom 18. Mai 1977 über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken** (Umweltkriegsübereinkommen/ENMOD-Konvention) (*Convention on the Prohibition of Military or Any Other Hostile Use of Environmental Modification Techniques*). Von der Generalversammlung angenommen am 10.12.1976 (A/Res/31/72). Deutsche Übersetzung in BGBl. 1983 II, 125. Völkerrechtlich in Kraft seit dem 5.10.1978; für die Bundesrepublik Deutschland seit dem 24.5.1983. Untersagt den feindseligen Gebrauch umweltverändernder Techniken (wie z.B. Veränderung der Struktur der Erde und ihrer Pflanzen- und Tierwelt, ihres Gesteinsmantels und der Atmosphäre), die weiträumige, lang andauernde und schwerwiegende Auswirkungen in den Vertragsstaaten zeitigen.
- 10 **Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeit von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern vom 18. Dezember 1979** (Mondvertrag) (*Agreement Governing the Activities of States on the Moon and Other Celestial Bodies*). Von der Generalversammlung angenommen am 5.12.1979 (A/Res/34/68). Deutsche Übersetzung in Europa-Archiv 1980, S.D585ff., und in UN-Dokument A/34/46 (Generalversammlung, Offizielles Protokoll, 34.Tagung, Beilage Nr.46, Bd.I, S.226ff.), internationale Quelle: International Legal Materials Vol.18 (1979), S.1434ff. Völkerrechtlich am 11.7.1984 in Kraft getreten. Verpflichtet die Vertragsstaaten zur ausschließlich friedlichen Nutzung des Mondes und anderer Himmelskörper. Verbietet die Anwendung und die Androhung von Gewalt in diesem Raum und die Stationierung von Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen sowie die Errichtung von Militärstützpunkten.
- 11 **Übereinkommen über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken, vom 10. Oktober 1980** (Übereinkommen über besonders grausame Waffen) (*Convention on the Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons Which May Be Deemed to Be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Ef-*

fects). Deutsche Übersetzung derzeit noch nicht veröffentlicht, internationale Quelle: International Legal Materials Vol.19 (1980), S.1524ff. Seit dem 2.12.1983 völkerrechtlich in Kraft. Das Übereinkommen bildet das allgemeine »Dach« von drei Protokollen: Protokoll I untersagt die Benutzung von Waffen, deren Splitter nicht durch Röntgenstrahlen im menschlichen Körper entdeckt werden können; Protokoll II betrifft den Einsatz von Minen, Tölpelfallen und ähnlichen Mitteln; Protokoll III verbietet bzw. beschränkt den Gebrauch von brandstiftenden Waffen. Alle bisherigen Ratifikationen schließen alle Zusatzprotokolle ein.

Zeichenerklärung:

- Unterzeichnung (völkerrechtlich noch nicht verbindlich)
- × Ratifikation oder Beitritt (völkerrechtlich verbindlich)
- ×^a betrifft nur das II.Zusatzprotokoll
- ×^b betrifft nur das I.Zusatzprotokoll
- ×^c betrifft beide Zusatzprotokolle
- ×^d Frankreich hat beide Zusatzprotokolle unterzeichnet, jedoch nur das II. Zusatzprotokoll ratifiziert
- a keine Angaben vorliegend

Zusammengestellt von Horst Risse

Land	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Ägypten	×		×	×		×		□	×		□
Äquatorialguinea							□				
Äthiopien	×		□	□		×	×	×	□		
Afghanistan			×	□		×	×	×			□
Albanien											
Algerien			□								
Angola											
Antigua und Barbuda					×						
Argentinien	×	×	□	×	□		×	×			□
Australien	×	×	×	×		×	×	×	□		×
Bahamas			×	×	×	×					
Bahrain											
Bangladesch						×			×		
Barbados	×			×	×	×		×			
Belgien	×	×	×	×		×	×	×	×		□
Belize											
Benin			×			×	□	×	□		
Bhutan	×		×					×			
Birma			×	×			□	□			
Bjelorußland			×	×			×	×	×		×
Bolivien			×	□	×	×	□	×	□		
Botswana			×	□		×	×	□			
Brasilien	×	×	×	×	×		□	×	□		
Brunei ^a											
Bulgarien	×	×	×	×		×	×	×	×		×
Burkina Faso	×		□	×		×					
Burundi			□	□		×	□	□			
Chile	×	×	×	×	×			×		×	
China	×	×		×	×	×					×
Costa Rica			×		×	×	□	×			
Dänemark	×	×	×	×		×	×	×	×		×
Deutsche Demokratische Republik	×	×	×	×		×	×	×	×		×
Deutschland, Bundesrepublik	×	×	×	×		×	×	×	×		□
Dominica											
Dominikanische Republik	×		×	×	×	×	×	×			
Dschibuti											
Ecuador	×		×	×	×	×		×			×
El Salvador	□		×	×	×	×		□			
Elfenbeinküste	×		×			×	×	□			
Fidschi	×		×	×		×		×			
Finnland	×		×	×		×	×	×	×		×
Frankreich	×	×		×	×	×				□	□
Gabun			×			×		□			
Gambia	×		×	□		×	□	□			
Ghana	×		×	□		×	×	×	×		
Grenada					×	×					
Griechenland	×		×	×		×	□	×	×		□
Großbritannien	×	×	×	×	×	×	×	×	×		□
Guatemala	×		×		×	×	□	×		□	×
Guinea							□				
Guinea-Bissau			×	×		×	×	×			
Guyana				□				□			
Haiti			□	□	×	×		□			
Honduras			×	□	×	×	□	×			
Indien	×	×	×	×		×	×	×	×	□	×
Indonesien	×		×	□		×		□			
Irak	×		×	×		×	×	□	□		

Land	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Iran		×		×		×	×	×	□		
Irland	×		×	×		×	×	×	×		□
Island	×		×	×		×	×	×	□		□
Israel	×		×	×							
Italien	×	×	×	×		×	×	×	×		□
Jamaika	×		□	×	×	×	□	×			
Japan	×	×	×	×		×	×	×	×		×
Jemen (Arabische Republik)	×		□			□	□	□	×		
Jemen (Demokratischer)			×	×		×	×	×	×		
Jordanien	×		×	□		×	×	×			
Jugoslawien	×		×	□		×	×	×			×
Kamerun			□	□		×	□				
Kamputschea	×					×	□	×			
Kanada	×		×	×		×	×	×	×		□
Kap Verde			×			×	×	×	×		
Katar	×						×	×			
Kenia	×		×			×		×			
Kolumbien			□	□	×	□	□	×			
Komoren											
Kongo						×	×	×			
Korea (Demokratische Volksrepublik)											
Korea (Republik)			×	×		×	□	□			
Kuba	×			×			×	×	×		□
Kuwait	×		×	×		□		×	×		
Laos			×	×		×	×	×	×		×
Lesotho	×			□		×	×	×			
Libanon	×		×	×		×	□	×	□		
Liberia	×		×			×	□	□	□		
Libyen	×		×	×		×		×			
Liechtenstein							×				□
Luxemburg	×		×	□		×	×	×	□		□
Madagaskar	×		×	×		×	□	□			
Malawi	×		×					□	×		
Malaysia	×		×	□		×	×	□			
Malediven	×					×					
Mali			□	×		×	□	□			
Malta	×		×			×	×	×			
Marokko	×		×	×		×	×	□	□	□	□
Mauretanien			×								
Mauritius	×		×	×		×	×	×			
Mexiko	×		×	×	×	×		×			×
Monaco	×										
Mongolei	×		×	×		×	×	×	×		×
Mosambik											
Nauru						×					
Nepal	×		×	×		×	×	□			
Neuseeland	×	×	×	×		×	×	×			□
Nicaragua	□		×	□	×	×	×	×	□		□
Niederlande	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	□
Niger	×		×	×				×	×		
Nigeria	×		×	×		×		×			□
Norwegen	×	×	×	×		×	×	×	×		×
Österreich	×		×	×		×	×	×		×	×
Oman											
Pakistan	×		□	×				×			□
Panama	×		×	□	×	×	×	×			
Papua-Neuguinea	×	×	×	×		×		×	×		

Land	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Paraguay	x		□		x	x	□	x			
Peru		x	x	x	x	x		□		□	
Philippinen	x		x	□		x		x		x	□
Polen	x	x	x	x		x	x	x	x		x
Portugal	x		□			x	x	x	□		□
Rumänien	x	x	x	x		x	x	x	x	□	□
Rwanda	x		x	□		x	x	x			
Salomonen	x					x	x	x	x		
Sambia			x	x			x				
Samoa			x			x					
San Marino			x	x		x		x			
São Tomé und Príncipe						x	x	x	x		
Saudi-Arabien	x			x			x	x			
Schweden	x		x	x		x	x	x	x		x
Schweiz	x		x	x		x	x	x			x
Senegal	x		x			x	□	x			
Seschellen				x			x	x			
Sierra Leone	x		x	x		x	□	x	□		□
Simbabwe											
Singapur			x	x		x	x	x			
Somalia			□	□		x		□			
Sowjetunion	x	x	x	x	x ^a	x	x	x	x		x
Spanien	x	x	x	x				x	x		□
Sri Lanka	x		x	□		x		□	x		
St. Christoph und Nevis ^a											
St. Lucia						x					
St. Vincent und die Grenadinen											
Sudan	x		x			x	□				□

Land	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Südafrika	x	x	x	x			x	x			
Suriname					x	x					
Swasiland			x			x	x				
Syrien	x		x	x		x		□	□		
Tansania	x		x				□	□			
Thailand	x		x	x		x		x			
Togo	x		x	□		x	x	x			□
Tonga	x		x	x		x		x			
Trinidad und Tobago	x		x	□	x	□					
Tschad			x			□					
Tschechoslowakei	x	x	x	x		x	x	x	x		x
Türkei	x		x	x		x	x	x	□		□
Tunesien	x		x	x		x	x	x	x		
Tuvalu						x					
Uganda	x		x	x		x			□		
Ukraine			x	x			x	x	x		x
Ungarn	x		x	x		x	x	x	x		x
Uruguay	x	x	x	x	x	x	□	x		x	
Vanuatu											
Vatikanstadt	x			□		x			□		
Venezuela	x		x	x	x	x		x			
Vereinigte Arabische Emirate									□		
Vereinigte Staaten	x	x	x	x	x ^c	x	x	x	x		□
Vietnam	x			x		x	x	x	x		□
Zaire			x	□		x		x	□		
Zentralafrikanische Republik	x		x	□		x	x	□			
Zypern	x		x	x		x	x	x	x		
Summe der Ratifikationen und Beitritte	105	28	111	84	31	120	73	98	43	5	24

Eine Dreiviertelmillion Menschen fanden sich am 12. Juni 1982 zur größten jemals in den USA stattgehabten Demonstration dieser Art im New Yorker ›Central Park‹ zusammen, um die Forderung nach weltweiter nuklearer Abrüstung zu unterstützen. Anlaß war die zweite Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung, die freilich ergebnislos blieb (siehe VN 5/1982 S.171f.). Unser Luftbild zeigt Tausende von Demonstranten, wie sie bei ihrem Friedensmarsch am Sitz der Vereinten Nationen vorbeizogen.

